

**Öffentliche Sitzung**  
 des Verwaltungsausschuss/Eigenbetriebsausschuss/Klima-, Umwelt-, Energie- und  
 Bauausschuss/Betriebsausschuss für Stadtentwässerung  
am Mittwoch, den 18.10.2023  
 im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 16:00 Uhr  
 Ende: 18:30 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitzender**

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

**stellv. Vorsitzender**

Herr René Bantel

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

Herr Bürgermeister Julius Mihm

**CDU**

Herr Stadtrat Martin Bläse

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christian Krieg

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Herr Stadtrat Christof Preiß

Herr Stadtrat Paul Schneider

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

**Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Stadträtin Sabine Braun

Herr Stadtrat Markus Hirsch

Herr Stadtrat Karl Miller

Frau Stadträtin Dr. Ina Neufeld

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

**SPD**

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

**sozial.ökologisch.links.**

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

Herr Stadtrat Sebastian Fritz

**Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd**

Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin

Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-Streit

**Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd**

Frau Stadträtin Brigitte Abele

**FDP/FW**

Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

**Ortsvorsteher**

Herr Ortsvorsteher Bernhard Feifel

Herr Ortsvorsteher Hans-Peter Wanasek

Herr Ortsvorsteher Gerd Zischka

**Verwaltung**

Frau Isabel Barth

Herr Geschäftsführer Peter Ernst

Herr Alexander Groll

Herr Markus Herrmann

**Schriftführerin**

Frau Melanie Bihlmaier

**Abwesend:**

**CDU**

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Herr Stadtrat David Sopp

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

**Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Frau Stadträtin Barbara Bijok

Herr Stadtrat Thomas Krieg

**sozial.ökologisch.links.**

Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder

**Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd**

Frau Stadträtin Karin Rauscher

**Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd**

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski



## Tagesordnung

=====

- 1** Neubau eines Verpflegungs- und Versorgungskiosk mit WC-Anlage, Aussichtsterrasse und Lagereinheit auf dem Hornberg/ Kaltes Feld, Gemarkung Degenfeld  
hier: Einreichung eines Förderantrags zum Tourismusinfrastrukturprogramm 2024 des Landes Baden-Württemberg
- 2** Hallenbad
- 2.1** Hallenbad  
hier: Überschlägige Grobkalkulation Neubau Hallenbad
- 3** Bekanntgaben
- 4** Anfragen

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

**zu 1      Neubau eines Verpflegungs- und Versorgungskiosk mit WC-Anlage, Aussichtsterrasse  
und Lagereinheit auf dem Hornberg/ Kaltes Feld, Gemarkung Degenfeld  
hier: Einreichung eines Förderantrags zum Tourismusinfrastrukturprogramm  
2024 des Landes Baden-Württemberg  
Vorlage: 186/2023**

**Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold führt in den Sachverhalt ein.

Herr Hackner erläutert den Sachverhalt.

Ortsvorsteher Wanasek erläutert, dass eine Toilette fehle, es würden viele Besucher auch aus dem Raum Waiblingen oder Fellbach kommen. Man müsse den Hornberg zu der Bedeutung führen, den er eigentlich habe. Die Flugzeuge seien ein riesen Potential, das man bisher nicht nutze. Man bemühe sich um den Naturschutz. Er bittet daher um Zustimmung.

Herr Dr. Kroboth führt aus, dass es sich um eine sehr gute Idee handle.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass der Hornberg im Jahr 2025 100 Jahre alt werde.

Ortsvorsteher Feifel äußert, dass eine Toilette auch für die Langläufer sehr wichtig wäre. Außerdem habe man seit langer Zeit die Hoffnung, eine Gastronomie zu erhalten, die ein Ansehen habe. Sämtliche Anstrengungen seien bisher jedoch gescheitert. Ein Kiosk sei eine gute Basis, man solle daher zustimmen.

Stadträtin Feuerle/CDU äußert, dass der Ortschaftsrat zugestimmt habe. Die derzeitige Situation sei nicht prickelnd. Wenn man sich zurückerinnere, so sei bei der Eingemeindung das Naherholungsgebiet Kaltes Feld ein großer Punkt gewesen. Es habe sich nie etwas gefunden, nun habe sich ein Leck aufgetan. Für das Kiosk müsse man einen guten Betreiber finden. Sie erkundigt sich, ob dieser bereits feststehe.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass es Interessenten gebe. Man müsse zuerst den Antrag stellen.

Stadträtin Feuerle/CDU findet es wichtig, dass das Gremium auch über das Aussehen des Gebäudes mitentscheiden könne.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für den Vortrag. Die vorgebrachten Gründe seien nachvollziehbar. Ein Punkt der Vorlage, der ihr nicht so gefalle, sei, dass die Verwaltung die Finanzierung im Entwurf des zukünftigen Doppelhaushaltes jetzt beschlossen haben wolle. Man habe im Doppelhaushalt ganz viele teure Sache, die man schon beschlossen habe, z.B. die Buchstraße, das Hallenbad oder den Neubau der Feuerwehr. Die Finanzierung des Hallenbads sei komplett ungeklärt. Die Stadtwerke bräuchten eine Kapitalerhöhung. Der Bau eines Kiosks sei keine Pflichtaufgabe. Man solle die Entscheidung erst nach dem beschlossenen Haushalt treffen. Man sei immer am Rande der Genehmigungsfähigkeit gewesen. Man müsse daher entscheiden, was es koste. Daher müsse man schauen, was man sich leisten könne und wolle und was man verschieben müsse. Man könne der Vorlage heute nicht zustimmen.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass er mit allem, was er sage, Recht habe. Alle Befürchtungen seien in dem Beschlussantrag jedoch nicht enthalten. Es gehe um die Stellung des Förderantrags. Es habe mit dem Haushalt nichts zu tun, der Gemeinderat dürfe die Prioritäten setzen. Die Zielsetzung sei, dass das Projekt den Haushalt wenig oder gar nicht belaste. Es gehe heute nur um die Befürwortung des Projekts.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen betont, dass er nur von dem ausgehen könne, was in der Vorlage stehe.

Erster Bürgermeister Baron betont, dass nur das beschlossen werde, was im Beschlussantrag stehe.

Oberbürgermeister Arnold betont ebenfalls, dass es nur darum gehe, den Antrag für das Förderprogramm zu stellen.

Stadträtin Heusel/SPD äußert, dass sie den Worten der drei Herren nichts hinzufügen wolle. Man wisse, dass das Segelfluggelände ein wichtiges Naherholungsgebiet sei. Man sei der Meinung, dass man den Antrag auf jeden Fall stellen müsse. Wenn man die Kosten von 400.000 Euro anschau, dann schlucke man schon, ein Holzhäuschen könne auch günstiger sein. Hierüber könne man zu gegebener Zeit nochmals sprechen.

Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l. äußert, dass es nachvollziehbar sei. Er erkundigt sich, ob die Toiletten dann immer geöffnet seien oder ob dies abhängig vom Betreiber sei. Die Notwendigkeit eines WCs sehe er ein. Man müsse aber abwägen mit anderen notwendigen Dingen, es dürfe keine Vorwegnahme der Entscheidung sein. Er erkundigt sich nach der Bedeutung des Wortes „nachhaltig“ im Beschlussantrag und ob dieses bedeute, dass man es auch bezahlen müsse, wenn man es befürworte.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man es nicht „lauwarm“, sondern richtig mache.

Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l. äußert, ob man es mit allen Konsequenzen beschließe. Er erkundigt sich, ob das Kiosk auch die Funktion einer Vereinsgaststätte übernehme.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man mehr Vertrauen in die Verwaltung haben solle. Man benötige den Beschluss des Gemeinderats, um den Antrag zu stellen. Man brauche daher den Begriff. Der Beschluss sei notwendig als nächste Stufe

der Antragstellung.

Herr Herrmann betont, dass es nachhaltig und nachdrücklich gemeint sei. Hintergrund der Formulierung sei eine Strukturänderung in der Förderrichtlinie beim Tourismusinfrastrukturprogramm. Der Fördergeber, d.h. das Land, erwarte eine eindeutige Aussage des Gremiums, dass man im Gesamtprozess dahinterstehe.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste äußert, wer schon einmal mit Kindern und Enkeln auf dem Hornberg gewesen sei, der wisse, wie wichtig eine Toilettenanlage und ein Kiosk sei. Man stimme daher zu.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW schließt sich den Ausführungen der Vorredner an. Es sei eine sinnvolle Sache, eine Toilettenanlage einzurichten. Der Beschluss stehe und falle mit dem Betreiber. Man sollte versuchen, private Investoren zu finden. Er wünscht sich mehr Anstrengung seitens der Stadt.

Stadträtin Dr. Kosin/Freie Wähler Frauen äußert, dass sie sich kurzfasse. Man sei dafür, dass man den Antrag nachhaltig stelle.

Stadtrat Tickert/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass der Hornberg stark frequentiert sei. Es würden von überall her Leute kommen. Man solle den Naturschutz nicht außer Acht lassen. Man sollte kein touristisches Highlight machen, man solle schutzvoll damit umgehen. Es sei ein wertvolles Gebiet und man solle es auch so behandeln.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass dies auch ein Motivationsgrund sei, die Dinge in geordnete Bahnen zu lenken. Man könne den aktuellen Zustand nicht weitertragen, da die Anzahl der Menschen steigen werde. Vor allem, weil viele Menschen weniger Geld zur Verfügung hätten und daher in der Heimat bleiben würden. Daher brauche man funktionsfähige Strukturen in der Heimat. Dafür trage man als Gemeinderat Verantwortung. Es sei ein sensibles Gebiet und man müsse schauen, dass man die Menschen in geordnete Bahnen lenke. heruntergeleite. Es helfe, Orientierungspunkte bzw. Versammlungspunkte zu haben.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

### **Beschluss:**

Die Antragstellung der Verwaltung zum Neubau eines Verpflegungs- und Versorgungskiosk mit WC-Anlage, Aussichtsterrasse und Lagereinheit auf dem Hornberg / Kaltes Feld, Gemarkung Degenfeld (siehe Anlage 1 und 2) auf Förderung aus dem Tourismusinfrastrukturprogramm (TIP) 2024 des Landes Baden-Württemberg, wird gemäß dem dargelegten Sachverhalt und der Antragsbegründung nachhaltig befürwortet.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 2

nachrichtlich an Amt:

zu 2

## Hallenbad

Vorlage: 179/2023

### Protokoll:

Erster Bürgermeister Baron führt in den Sachverhalt ein. Man werde die Besichtigung des Hallenbads am 15.11.2023 vor der Sitzung durchführen. Die Wahrscheinlichkeit sei groß, dass man den Teil der Fragen, die man habe, beantworten könne. Man müsse weiterkommen aufgrund des Fördergebers. Die aufgekommene Fragen werde man nun beantworten. Folgende Fragen seien gestellt worden:

- Kosten eines 50-Meter-Beckens, sowohl der Invest als auch der Betrieb.
- Inwiefern sei die Visualisierung überhaupt taugliche Grundlage und was bedeute das?
- Sauna sowie Nutzer, die dahinterstehen würden
- Finanzierung, insbesondere auch die Frage nach alternativen Förderprogrammen
- Kosten und Aufteilung eines Hubbodens

Herr Ernst erläutert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Erster Bürgermeister Baron äußert, dass es keine Schätzungen aus der Kristallkugel seien. Man versuche, Vertrauen zu gewinnen. Man könne nicht mehr zum jetzigen Zeitpunkt abschätzen. Aus der Debatte der Vorwoche sei die Frage offen, wie man die Becken anordne. Er bringe einen wichtigen Punkt aus der Sitzung des Aufsichtsrates der Bäderbetriebe an: Die Nutzergruppe der Kursbesucher dürfe man nicht außer Acht lassen. Die Kurangebote würden im derzeitigen Lehrschwimmbecken stattfinden. Außerdem habe man eine große Anzahl an Saunabegeisterten, die auf die Verwaltung und die Bäderbetriebe zugegangen seien, es sei Gesundheitsvorsorge, es sei eine große Anzahl in der Bürgerschaft. Man versuche, das Hallenbad so lange zu betreiben wie es gehe, aber der schlimmste Gedanke sei, dass man eine gewisse Zeit ohne Bad dastehe. In vielen Gemeinden sei dies Realität. Dies müsse man vermeiden, es müsse oberstes Leitziel sein. Jeder Euro, den man über die Kalkulation hinausgehe, erhöhe das Risiko, dass man es nicht umsetzen könne. Dies wäre für alle Beteiligten die schlechteste Variante. Alle Kinder in Schwäbisch Gmünd müssten Schwimmen lernen. Unter diesem Anspruch sollte man nicht gehen. Dies seien die Hausaufgaben, die man gemacht habe.

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für die Ausführungen. Generalsanierung: Es solle ein Termin mit dem Gutachter stattfinden. Nachdem eine Zeit lang nichts passiert sei, habe man das Gutachten intern überprüfen lassen in der Fraktion und sei zu dem Entschluss gekommen, dass man den Termin nicht brauche. Man schätze die Risiken zu groß ein, dass die Kosten können aus dem Ruder laufen. Zu den Betriebskosten äußert er, dass er sich wundere, dass der Abmangel nicht besser werde bei einem Neubau. Er habe ein Problem damit, dass sich nun für eine Variante entscheiden müsse. Vor zwei Wochen sei man noch bei der Variante 6 x 25 Meter gewesen. Man

habe sich mit vielen Menschen unterhalten und sich informiert. Das Hallenbad sei von der Wasserfläche zu klein gewesen. Wenn man nun schon neu baue, dann tue man sich schwer. Er erkundigt sich, was im Förderantrag stehen werde. Müsse man die Leistungsphase 1 und 2 tatsächlich jetzt entscheiden? Die Grobkalkulation sei sehr auf Kante genäht, man finanziere 20 Prozent über Eigenkapital, der Rest sei fremdfinanziert. Er erkundigt sich, wie lange man die Kredite abzahlen würde. Man tue sich schwer, eine Variante auszuwählen. Niemand wisse, wann das Hallenbad gebaut werde. Wenn es erst in ein paar Jahren beschlossen werde, stelle sich die Frage, ob es dann noch so sei, wie es jetzt beschlossen werde. Nicht wegen der Planung, dagegen habe er nichts, sondern wegen den Kosten. Man kämpfe teilweise um 2.000 Euro in Lindach für einen Sichtschutz in der Halle und gebe jetzt 200.000 Euro aus für etwas, wo man nicht wisse, ob es in Zukunft etwas bringe. Daher solle der Aufsichtsrat der Bäderbetriebe die Empfehlung nochmals zu prüfen. Dann könne man bei der nächsten Sitzung das Ergebnis hereingetragen. Einen Besichtigungstermin brauche man nicht, man solle stattdessen lieber einen Termin im Freibad vereinbaren, damit man sehe, wo das Gebäude hinkomme. Viele würden sagen, dass es dort nicht reinpasse. Man müsse auch aufpassen, dass man durch das Hallenbad das Freibad nicht kaputt mache. Er regt daher an, den Umriss einmal abstecke. Man brauche eine zweckmäßige Gastronomie für die Freibad- und Hallenbadbesucher, nicht für externe Gäste. Die Sauna sei Optional zu sehen. Das Schwimmen stehe an erster Stelle, vor allem die Schwimmkurse und die Schulbesuche. Hier müsse man die Wasserflächen zur Verfügung stellen, diese stehe in Konkurrenz zur Sauna. Er könne sich nicht vorstellen, dass man keine verschiedenen Bauabschnitte machen könne. Dass es teurer werde sei klar, aber man müsse es sich zum Zeitpunkt der Umsetzung offenlassen. Daher möchte er wissen, was die konkreten Förderkriterien seien. Was müsse man einbringen und wo könne man noch spielen. Man sei bei der Grundsatzentscheidung gerne dabei, tue sich aber in den Detailentscheidungen schwer.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich für den Beitrag. Er appelliert, dass man sich konzentrieren müsse und die Ressourcen darauf richten müsse, was finanziell realisierbar sei. Man wolle das Bad bauen. Man wolle nichts planen, was nicht gebaut werde. Sie erkundigt sich, was die größeren, die besten Spielräume seien, die man habe. Dies müsse man ausloten. Die Synergieeffekte durch eine Kombinationslösung würden einleuchten. Die Attraktivität des Freibads dürfe nicht geschmälert werden. Daher müsse man sich darauf konzentrieren, die Dinge in Augenschein zu nehmen und sich nicht mit anderen Diskussionen aufhalten lassen. Man habe die Zeit. Aber irgendwann müsse man entscheiden. Es werde immer eine Abwägung und eine politische Entscheidung sein. Die Zielkonflikte werde es immer geben, zwischen denen man eine Entscheidung treffen müsse. Daher appelliert er auch, sich bis Ende November zu einer Entscheidung durchzuringen, sodass man bei der Agentur vorstellig werden könne um zu sagen, wohinter er sich stellen könne. Man werde im KUEBAS am 22.11.2023 vorberaten und im Gemeinderat am 29.11.2023 Beschluss fassen. Man müsse bis zu diesem Zeitpunkt in der Lage sein, zu sagen, dass man in diese Richtung gehe und es untersuchen lasse. Es sei wichtig, dass man den Menschen in der Stadt die Idee am Standort Bud Spencer Bad präsentieren könne.

Erster Bürgermeister Baron führt zum Zeithorizont aus, dass es genauso sei, wie wenn man an einem Fünf-Meter-Turm stehe und überlege, ob man springe oder zurückgehe. So könne man die politische Dimension beschreiben. Wenn man warte, sei der Zuschuss auf jeden Fall weg. Daher brauche man diese Grundsatzentscheidung.

Die Entscheidung, in welche grobe Richtung man gehe, sei reif. Man wolle vorbereitet sein, wenn das Hallenbad irgendwann nicht mehr betreibbar sei. Eine mögliche Schließung des alten Hallenbads solle vermieden werden. Der Sport solle auch wissen, woran er sei. Die wichtigsten Punkte seien bereits angesprochen worden. Zu den Kosten führt er aus, dass man das machen müsse, was man sich noch leisten könne. Es sei der untere Standard. Mehr Wasserfläche sei wünschenswert. Aber wünschenswert und leistbar seien zwei unterschiedliche Dinge. Mehr Wasserfläche bedeute auch ein Risiko, dass man es am Ende nicht finanzieren könne und man dann gar keine Umsetzung habe. Zur Diskussion um ein 25-Meter- oder 50-Meter-Becken habe er zum Teil die Rückmeldung erhalten, dass manche Schüler 50 Meter gar nicht schaffen würden. Ein weiteres Thema sei, ob man die Sauna baue oder nicht. Herr Arnholdt äußert zu den Förderrichtlinien, dass im Ersatzaufschlag der Grundsatzbeschluss des Gremiums vorhanden sein müsse. Bei diesem müsse man auch wissen, was man bauen wolle, also mit welcher Ausstattung und mit welcher Größe. Dann hoffe man, dass der Fördergeber 2,5 Mio. Euro zusage. Im Anschluss wolle man eine konkrete Planung machen. Wann die Entscheidung getroffen sein müsse, wisse man derzeit nicht. Man versuche, mit den Kollegen in Berlin zu telefonieren. Je früher man entscheide, desto besser sei das Signal gegenüber dem Fördergeber.

Herr Ernst antwortet, dass man den Invest in der Sauna komplett herausgenommen habe. Daher würden auch die Erlöse bei der Sauna fehlen, der Abmangel würde dann um 100.000 Euro steigen. Niemand wisse, was in drei oder vier Jahren sei. Die Kosten würden aber weiter steigen. Den Beckenkopf im aktuellen Hallenbad müsse man erneuern. Man habe 150.000 Euro eingestellt, so gehe es weiter, Fenster etc. müssten auch sanier werden. Das Geld sei dann nicht nachhaltig investiert. Daher plädiert er dafür, eine Entscheidung zu treffen.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für die Vorträge. Wenn man sich nicht mehr leisten könne als die gleiche Wasserfläche, die man nun habe, spreche dies nicht für einen Neubau. Die Idee der Sanierung verfolge man, daher sei der Besichtigungstermin sehr wichtig. Man könne aus dem Gutachten herauslesen, was dringend erforderlich sei. Er erkundigt sich, welche Dinge neu gebaut seien, z.B. Duschen, Umkleiden, Sanitäranlagen, neuere Blockheizkraftwerke etc.? Wenn man das Bad abbreche, vernichte man vorhandene Werte. Er zitiert einen Bericht der Bundesarchitektenkammer von Januar 2023, der die Zukunft des Bauens thematisiere. In der Zukunft würden demnach fast nie Neubauten gebaut werden und wenn doch, dann aus bereits vorhandenen Ressourcen. In der Zukunft würden dem Artikel nach alle Bestandsgebäude so behandelt, als stünden sie unter Denkmalschutz. Es sei damit gemeint, dass man mit einem gewissen Respekt Bestandsgebäude anschau. Gebäude der 1970er Jahre hätten keinen hohen Stellenwert, würden aber immer mehr an Bedeutung gewinnen. Die Kosten eines quadratischen Gebäudes seien günstiger als eines länglichen, die Kosten für eine Sanierung könne man senken. Das Gutachten sage, dass die Sanierung mehrere Monate bis ein Jahr dauern würde. Wenn man es in mehrere Bauabschnitte unterteile und diese im Sommer durchführe, wenn das Hallenbad nicht frequentiert sei, könne man lange Schließzeiten vermeiden. Wenn man das sanierte Hallenbad mit einem Neubau vergleiche, würden sich die Betriebskosten reduzieren. Die Abschreibungen würden aufgrund der Investitionen hinzukommen. Er erkundigt sich, warum die Personalkosten im Bestandsgebäude höher seien. Man komme bei den Gesamtkosten mit der Sanierung günstiger. Er sei sich

nicht sicher, ob die Stadtwerke in den nächsten Jahren 2,5 Millionen Euro ausschütten könnten. Es würden hier große Investitionen anstehen. Üblicherweise würden die Gewinne dafür verwendet werden. Die Stadtwerke können dies nicht, da sie eine Pflicht zur Gewinnabführung haben. Dies sei ein klarer Nachteil für die Stadtwerke. Das Geld hätten die Stadtwerke nicht, das Geld sei nicht da. Die Stadtwerke müssten daher durch Kredite das schultern, was geschultert werden müsse. Die Stadtwerke bräuchten eine Kapitalerhöhung, wäre es wieder ein solider Betrieb.

Erster Bürgermeister Baron betont, dass der Punkt sei, was man für welches Geld bekomme. Wenn man in Schwäbisch Gmünd ein Bad haben wolle, in dem Kinder schwimmen lernen wollen und in dem Schwimmverein und andere Nutzer eine Perspektive hätten, müsste man schauen, was man sich leisten könne. Es sei nicht unrealistisch, es könne gestemmt werden. Die Frage sei, was die Sanierung für ein nachhaltiges, vernünftiges Bad koste. Man habe am Gutachten keine Zweifel.

Frau Barth/Stadtwerke führt aus, dass die Synergieeffekte klar seien. Eine Heizzentrale für beide Bäder habe den Vorteil, dass man die Heizung das ganze Jahr durchlaufen lassen könne. Außerdem gebe es auch personelle Synergien, wenn man das Personal an einem Standort habe. Dann benötige man statt drei Technikern, die drei Standorte bedienen müssten, langfristig nur noch zwei Techniker. Ähnliches gelte auch für Kassenkräfte. Man habe eine Kassenanlage an einem Ort, es gebe einen Eingang. Außerdem habe man die Betriebsleitung an einem Standort und nicht am Bud Spencer Bad und am Hallenbad.

Stadtrat Dr. Beck/SPD äußert, dass die Zahlen darauf hinweisen würden, dass man sich das Leistbare leisten könne und das Wünschenswerte im Blick habe, aber man am Schluss abwägen müsse. Stand heute sehe man die Sanierung nicht. Man glaube, dass man auf Basis der heutigen Zahlen dem Beschlussantrag zustimmen könne.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. äußert, dass man ewig diskutieren könne, aber eine Entscheidung treffen müsse. Es brauche Entscheidungsgrundlagen, um eine Abwägung zu treffen. Man sei auf einem guten Weg dorthin. Es bestünden Zweifel, ob der Entwurf, den die Verwaltung mit einem schönen Bild gezeigt habe, an diesem Standort untergebracht werden könne, rein von den Abmessungen her passen würde. Es würde ein Teil der Liegewiese am Kinderbecken wegfallen. Er erkundigt sich daher, ob untersucht worden sei, es im westlichen Teil zu machen. Augenscheinlich sei die Kinderliegewiese eher ausgelastet als die Fläche auf der anderen Seite. Außerdem erkundigt er sich, welchen Umfang der Entwurf habe, den die Verwaltung vorlege. Eine Rutsche oder andere Elemente seien nicht enthalten. Er wolle es ansprechen, nicht weil er es fordere, aber man bewege sich auf ein funktionelles Bad zu. Er werde immer wieder darauf hingewiesen. Das Hallenbad sei vor vielen Jahrzehnten gebaut worden, man habe inzwischen an Einwohnern hinzugewonnen, Tendenz steigend. Dennoch habe man weiterhin die gleiche Wasserfläche. Er erkundigt sich daher, ob untersucht worden sei, dass man im Sinne des Schulschwimmens, der Kursangebote und des Schwimmvereins den Mittelsteg weglasse und rein auf ein funktionelles Bad gehe. Man solle jeglichen Schnickschnack weglassen, sodass man eine größtmögliche Wasserfläche schaffe. Außerdem erkundigt er sich nach den Kosten eines Hubbodens. Außerdem werde bei der Vergleichsrechnung nicht mit einberechnet, dass man beim Neubau auch eine Übergangszeit habe. Das alte Bad stehe und müsse weiterhin erhalten bleiben, dies würde sich zunächst negativ auswirken.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man natürlich mehr Wasserfläche benötige. An diesem Wunsch gebe es keine Zweifel. Aber diese Frage stelle sich nicht. Es stelle sich die Frage, ob man dieses oder gar kein Angebot habe. Er empfiehlt einen Artikel über einen Stadtteil der Stadt Aachen. Dort habe man kein Hallenbad mehr, die Kinder würden inzwischen in einem Hochseecontainer schwimmen lernen. Seine größte Sorge sei, dass man irgendwann so arbeiten müsse. Dies müsse man vermeiden. Daher sei es wichtig, dass man nicht die falschen Fragen stelle.

Herr Ernst antwortet, dass die Übergangszeit nicht eingespeist sei. Man müsse aber berücksichtigen, dass die Übergangszeit die Aufrechterhaltung des Schwimmbetriebs ermögliche. Er sei sich sicher, dass man nach der Besichtigung den Mut haben werde, eine Entscheidung zu treffen. Stufe 1 sei die Auftragsklärung, die Mitglieder des Gemeinderats würden eingebunden, um zu entscheiden, was man haben wolle. Stufe 2 sei dann das Lehrbecken und der Hubboden, dies treibe die Wasserfläche für die Schwimmkurse nach oben. Damit bekomme man das Ziel erreicht, reduziere aber die Wasserfläche für die anderen Schwimmer. Beim Bud Spencer Bad würden die Besuchszahlen trotz steigender Einwohnerzahl zurückgehen.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass die jüngeren Generationen nicht mehr so wasserfreudig seien.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen äußert, dass man nicht für die Sanierung sei. Das Regierungspräsidium habe es bereits geprüft und gesagt, dass man den Zuschuss für eine Sanierung nicht bekomme. Dann müsse man doch nicht wieder Dinge von vor vier oder fünf Jahren auf tun. Eine Vergrößerung der Wasserfläche befürworte man nach wie vor. Die Sauna bringe auch etwas ein. Es werde nirgendwo erwähnt, mit wie vielen Menschen man rechne. Waldstetten und das Oskar-Frech-Seebad seien sehr attraktiv. Ob man die Sauna wirklich brauche, sehe sie kritisch, da es bereits anderweitige Angebote gebe. Außerdem wünscht sie sich eine Zeichnung, wie das Hallenbad konkret aussehen könne.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass der nächste Schritt sei, wie es aussehen könnte. Die Visualisierung sei ein Fehler gewesen. Man habe die Fantasie anregen und Lust machen wollen, dies sei nach hinten losgegangen. Man solle die Darstellung im Bild nicht als gesetzt sehen. Man wünsche sich einen Plan, mit dem man arbeiten könne und es sich besser vorstellen könne. Die Kosten für ein 6 x 50-Meter oder 8 x 50-Meter-Becken habe man verlässlich geschätzt. Bei den Zahlen für die Saunagäste und die Besucher habe man sich an den Entwicklungen und Besucherströmen der umliegenden Bäder orientiert.

Oberbürgermeister Arnold bringt zum Ausdruck, dass den Menschen das Bild gefallen habe.

Herr Bantel erläutert, dass man mit 50.000 Saunabesuchern gerechnet habe. Jeder Gast leiste einen Deckungsbeitrag von zwei Euro, dadurch würden die 100.000 Euro zustande kommen.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen erkundigt sich, ob man mit mehreren oder mit einer Sauna gerechnet habe.

Frau Barth äußert, dass man die Sauna nicht komplett durchgeplant habe, aber man plane mit diesen Beträgen.

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass man das Hallenbad am 15.11.2023 besichtigen werde. Fritz-Planung werde dabei sein und alle möglichen Fragen beantworten. Am 22.11.2023 werde man das Thema nochmals im KUEBAS beraten, am 29.11.2023 beschließen. Man habe nun sechs bis sieben Wochen Zeit und solle dann auch entscheiden.

Herr Ernst äußert, dass man alle Kosten ermittelt habe. Ein 6 x 50-Meter-Becken koste 225.000 Euro jährlich mehr an Betriebskosten.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste äußert, dass man sofort entscheiden könne, man sehe von einer Generalsanierung ab. Es sei sinnlos. Man sei für ein 25m-Becken. Man sei für eine Sauna. Man halte eine Sauna für Daseinsvorsorge. Alle, mit denen sie gesprochen hätte, seien begeistert gewesen. Frau Barth habe die Synergieeffekte, die der Bau im Bud Spencer Bad beinhalte, in epischer Breite dargestellt. Diesen Ausführungen gebe es nichts hinzuzufügen. Man könnte daher dem Beschlussantrag zustimmen.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW bedankt sich für die Präsentation. Die Sanierung sei keine Option. Niemand wolle, dass der Schwimmbetrieb über Jahre hinweg stillgelegt sei. Man müsse sich von den Kostenstrukturen lösen. Die Energiekosten würden langfristig günstiger werden. In 30 Jahren werde man einen Fusionsreaktor auf dem Gügling haben, dies sei nicht ausgeschlossen. Die Fortschreibung des Status Quo wäre kein Fortschritt und sei zu kurz gesprungen. Derzeit sei das Bad mit 40.000 Einwohnern geplant und daher zu klein. Es sei daher entscheidend, dass die Wasserfläche vergrößert werde, daher plädiere man für ein 50-Meter-Becken mit acht Bahnen. Es seien Mehrkosten von 4,9 Mio. Euro. Auf die Nutzungsdauer gerechnet, seien es 100.000 Euro pro Jahr, dies sei aus seiner Sicht vertretbar. Man sei auch für eine Sauna, da diese einen positiven Deckungsbeitrag leisten würden. Er äußert, dass die Sanierung des Feuerwehrgebäudes im Bestand hohe Sanierungskosten verursache, ein Neubau wäre deutlich günstiger. Mit diesen Einsparungen könne man einen Teil des Hallenbads finanzieren.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass die Bewertung angreifbar sei. Man könne auch auf 200 Jahre abschreiben, aber gesetzlich seien 30 Jahre vorgegeben. Daher müsse man die Frage beantworten, wo das Geld herkommen solle. Man erhöhe mit der Variante das Risiko, dass man dann ohne Bad dastehe.

Stadträtin Kirche-Beißwenger/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass man im Endeffekt weniger als bisher habe, wenn man ein Bad mit einem 25m-Becken und einem Lehrschwimmbecken baue. Bisher habe man einen Sprungturm, dieser falle weg. Dies müsse man berücksichtigen. Man habe dann eine Verschlechterung. Bezüglich des Standortes am Schießtal sei sie skeptisch. Je mehr Technik verbaut sei, desto störanfälliger sei es. Sie regt an, die Umkleiden des Hallenbades und Freibads zusammenzufassen, sofern der Standort im Schießtal sei.

Herr Ernst antwortet, dass ein Sprungturm nicht möglich sei, da man hierfür ein hö-

heres Gebäude benötige und dies höhere Betriebskosten verursache. Außerdem benötige man mehr Wasser, dies sei mit einem höheren CO<sub>2</sub>-Ausstoß verbunden. Es gebe noch keine genauen Planungen, ob man die Umkleiden zusammenfassen könne, müsse man prüfen.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. erkundigt sich nochmals ,ob der Standort im Schießtal nicht gesetzt sei.

Herr Ernst antwortet, dass die genaue Position noch offen sei.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. erkundigt sich, wie hoch die Betriebskosten wären, wenn man ein reines Funktionalbad habe.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass dies eine sehr akademische Frage sei. Es sei keine realistische Alternative. Man habe am 15.11.2023 eine Besichtigung mit Fritz-Planung, am 22.11.2023 werde man vorberaten und am 29.11.2023 Beschluss fassen.

Erster Bürgermeister Baron bittet darum, vorab je Fraktion die Teilnehmerzahl für die Besichtigung mitzuteilen.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40, 20, Stadtwerke  
nachrichtlich an Amt:

**zu 2.1      Hallenbad**  
**hier: Überschlägige Grobkalkulation Neubau Hallenbad**  
**Vorlage: 179/2023/1**

**Protokoll:**

Siehe TOP 2.

**zu 3        Bekanntgaben**

**Protokoll:**

Keine.

**zu 4      Anfragen****Protokoll:**

Keine.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Für die Richtigkeit!

Den .....  
Ortsvorsteher:

Den .....  
Stadtrat:

Den .....  
Schriftführer:

Den .....  
Stadtrat: